

Dokumentation:

EIN BRIEF KURT RIEZLERS
AN DEN HAMBURGER BÜRGERMEISTER PETERSEN
VOM 1. FEBRUAR 1924

Beachtung verdient dieser Brief Kurt Riezlers an Carl Wilhelm Petersen¹ – ein Durchschlag davon befindet sich im Theodor-Heuss-Archiv, Stuttgart² – vor allem wegen der Person des Briefschreibers. Riezler war einer der wenigen Mitarbeiter Bethmann Hollwegs gewesen, die das volle Vertrauen dieses zurückhaltenden und in Überlegungen wie Motiven komplizierten Reichskanzlers genossen hatten³. Der Brief handelt von einem Kernproblem der Weimarer Reichsverfassung. Erörterungen von Verfassungsfragen hatten sich wie ein roter Faden auch durch den Katalog der Aufgaben und Schwierigkeiten der Kanzlerschaft Bethmanns gezogen; so ist es von Interesse zu erfahren, wie einer der intimsten Kenner der Regierungspraxis in der Endphase des monarchisch-konstitutionellen Systems ein zentrales Problem der Weimarer Reichsverfassung beurteilt hat.

Man würde die Persönlichkeit Riezlers unzutreffend kennzeichnen, wollte man ihn im Rückblick auf seine Tätigkeiten vor 1918 nur als Beamten, als „Geheimrat“ kennzeichnen. Riezler, der vor seinem Eintritt in den Staatsdienst (Auswärtiges Amt) Philologie studiert hatte und sein Leben als Philosophie-Professor in den USA beenden sollte⁴, war stets auch ein bedeutender Publizist. Höchste Beachtung

¹ Carl Wilhelm Petersen, 1868–1933, Rechtsanwalt in Hamburg, seit 1890 M. der Bürgerschaft in H., 1918 Senator, 1919 M. d. Weim. Nationalversammlung, Nachfolger Fr. Naumanns als Vorsitzender der DDP, 1920 M. d. R., 1921 M. des Staatsgerichtshofes in H., 1924–1927, 1931–1933 Erster Bürgermeister in H.

² R. hatte Theodor Heuss den maschinenschriftlichen Briefdurchschlag als Material für die Naumann-Biographie übergeben. Über die Beziehungen von Naumann zu Petersen vgl. Theodor Heuss, Friedrich Naumann, *Der Mann, Das Werk, Die Zeit*, (1. Aufl. 1937) 2. neu bearbeitete Aufl. Stuttgart und Tübingen 1949, S. 355; über die Beziehungen Heuss – R. vgl. Heuss, *Erinnerungen 1905–1933*, Tübingen 1963, S. 167, 206, 159.

³ Über die entscheidenden Jahre der Zusammenarbeit R.s mit Bethmann Hollweg können hoffentlich bald die Tagebücher R.s (1914–1917) Auskunft geben, die Karl Dietrich Erdmann herausgeben wird, sobald die Zustimmung der Familie Riezlers vorliegt.

⁴ Kurt Riezler, 1882–1955, hatte nach seiner Promotion 1905 in der Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gearbeitet, bis er 1906 in das Pressereferat des Auswärtigen Amtes eintrat. 1914 wurde er vom A. A. dem Reichskanzler „zur Begleitung“ zugeteilt. 1915 wurde er zum vortragenden Rat in der Reichskanzlei, desgl. zum „wirklichen Legationsrat“ ernannt. 1917 wurde er der dt. Gesandtschaft in Stockholm, 1918 der Vertretung in Moskau zugeteilt. Danach war er im A. A. in Berlin tätig, bis er wegen der Annahme des Versailler Friedens demonstrativ aus dem ausw. Dienst ausschied. Vom Nov. 1919 bis April 1920 übernahm er die Leitung des Büros des Reichspräsidenten. Zur publizistischen Tätigkeit in dieser Zeit vgl. Anm. 5 und 10. Danach lebte er als Privatgelehrter in Berlin und veröffentlichte vorwiegend philosophische Schriften. 1928–1934 wurde er zum Vors. d. Kuratoriums der

fand seine politisch-publizistische Tätigkeit zweifellos in den Jahren der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs⁵.

Riezler schlägt in dem Brief an Petersen vom 1. 2. 1924 eine Revision der Weimarer Reichsverfassung vor; vor allem sollte das Kernstück der Bismarckschen Verfassung, die Parallelität bzw. Identität der Regierungs- bzw. Machtverhältnisse im Reich und in Preußen wiederhergestellt werden⁶. Beunruhigt ist Riezler über die Auseinanderentwicklung von Reich und Preußen, die durch divergierende parteipolitische Koalitionsbildungen in den verschiedenen Ebenen noch gefördert wird. Er sieht außerdem mit dem Auslaufen der Präsidentschaft Eberts die Gefahr heraufziehen, daß eine neue Person in diesem höchsten Amt die Funktion des überparteilichen und interföderativen Ausgleichs nicht mehr so wahrnehmen können, wie Ebert es verstanden hatte. Schließlich regt er an, die Revision der Reichsverfassung, wenn es anders nicht ginge, mit staatsstreichähnlichen Mitteln herbeizuführen.

Solche Gedanken waren – wie die neuere verfassungshistorische Literatur, besonders das Buch von Gerhard Schulz „Zwischen Demokratie und Diktatur“⁷, zeigt – zu der Zeit, da der Brief verfaßt wurde, keineswegs ungewöhnlich. Aber man ist erstaunt, sie von Riezler zu hören. Bis 1918 war Riezler, wie auch Bethmann Hollweg, kein Befürworter innenpolitischer Gewaltanwendungen. Dafür kannte er die Kompliziertheiten und Interdependenzen im modernen Staatsleben zu gut, und die von Bethmann Hollweg vielleicht überinterpretierte innenpolitische Erfahrung, daß Aktionen Gegenkräfte mobilisieren können, die stärker werden können als jene Kraft, die man zur Durchsetzung des eigenen Planes zur Verfügung hat,

Universität Frankfurt und gleichzeitig zum Honorarprofessor der Philosophie ernannt. Diese Ämter mußte er 1933/34 aufgeben und emigrierte in die USA, wo er an der New School of Social Research, New York, Professor für Philosophie wurde. In seinen letzten Lebensjahren lehrte R. jeweils ein halbes Jahr an der University of Chicago. Über seine Beziehungen zu Bethmann Hollweg vgl. Karl Dietrich Erdmann, Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 15 (1964), S. 525 f.

Über seine philosophischen Arbeiten s. Leo Strauss, Kurt Riezler 1882–1955 (Gedenkvortrag), in: Social Research, spring 1956; zur Person s. Theodor Heuss, A word in Memory of Kurt Riezler, in: Social Research, spring 1956, S. 1 f.

⁵ Vgl. vor allem J. J. Ruedorffer (Pseudonym für R.), Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart, Stuttgart 1914. Auf die bislang unbeachtet gebliebenen Beiträge, die R. in der Weltkriegszeit für die „Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung“ verfaßte, hat Ernst Deuerlein in einer Sendung des WDR am 26. 4. 1966: Der Philosoph als politischer Berater, eine Studie über Kurt Riezler, erstmals hingewiesen. Zum Thema R. und die Publizistik des Ersten Weltkrieges vgl. ferner Karl Alexander von Müller, Mars und Venus, Erinnerungen 1914–1919, Stuttgart 1954, S. 33 ff., 148 f.; s. a. Andreas Hillgruber, Riezlers Theorie des kalkulierten Risikos und Bethmann Hollwegs politische Konzeption in der Julikrise 1914, in: Historische Zeitschrift 202 (1966), 333–351.

⁶ Zum Verhältnis Preußen-Reich vgl. Arnold Brecht, Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preußens, Bonn 1949; Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Zeit, Band I, Berlin 1963, hier besonders S. 462 ff.

⁷ Vgl. Gerhard Schulz, a. a. O.

entsprach durchaus Riezlers Ansichten. Begriffe, welche die Unfähigkeit eines Alleinhandelns gegenüber einer komplizierten Wirklichkeit demonstrieren sollten, tauchen in seinen politischen Schriften immer wieder auf. So sprach er z. B. von der „modernen Vielgestaltigkeit politischer Rücksichten“ und verwandte ständig Wortfolgen wie: „Quadratur des Zirkels“, „Erforderlichkeit des Unmöglichen“, „circulus vitiosus“⁸. In seiner elegant-karikierenden Art schrieb Harry Graf Kessler, daß Riezler die Idee immer nur ein Vorwand sei, um etwas nicht zu tun, und daß Riezlers ganzes Denken von Natur aus im „organisierten Nichthandeln“ begründet sei⁹. Wenn Riezler dann 1924 zum Handeln riet, fand dies sicher zuerst seinen Grund darin, daß nach der organischen Staatsauffassung, die er in seinen Gedanken über den modernen Nationalstaat vertreten hatte, die Weimarer Reichsverfassung im Verhältnis Preußen-Reich einen organischen Fehler enthielt. Hinzu trat noch etwas anderes.

Wer Riezlers politische Publizistik durch die Jahre nach 1918 verfolgt, wird bemerken, daß der Ton seiner Ausführungen sich zu ändern beginnt, ungeduldiger, schärfer und in gewisser Weise sogar apodiktisch wird¹⁰. Das mag einmal auf die philosophischen Studien zurückzuführen sein, denen Riezler nun sein Hauptinteresse zuwandte. Zum anderen aber nahmen, wie man es auch in der Beamten-geschichte beobachten kann, nach 1918 unabhängige Köpfe dem Parteienstaat¹¹ gegenüber nicht mehr jene vorbehaltlos positive Stellung ein, die man der Hohenzollern-Monarchie wie selbstverständlich entgegengebracht hatte. Dies darf nicht miß-

⁸ Zitate aus Ruedorffer, Grundzüge, a. a. O., bis auf „Die Erforderlichkeit des Unmöglichen“; unter diesem Titel veröffentlichte Riezler eine Schrift mit dem Untertitel, Prolegomena zu einer Theorie der Politik, München 1915.

⁹ Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1937, Frankfurt 1961, S. 165.

¹⁰ Einer im Jahre 1920 erschienenen Neuaufgabe seiner „Grundzüge der Weltpolitik“ fügte R. ein Nachwort an, das unter dem gleichen Pseudonym J. J. Ruedorffer mit dem Titel „Die drei Krisen, Eine Versuchung über den gegenwärtigen politischen Weltzustand“ auch als gesonderte Schrift erschien. Unter dem Eindruck der Niederlage von 1918 revidiert R. darin manche seiner Ausführungen von 1914. Er rückt ab von der Machtpolitik der wilhelminischen Epoche und der Alliierten von Versailles und plädiert für eine Politik in paneuropäischer Gesinnung.

R. war neben Bernhard W. v. Bülow, Walter Goetz, Eduard Hamm, J. Hieber, Hermann Hummel, Harry Graf Kessler, F. zur Nedden, Carl Petersen und Eugen Schiffer Mitherausgeber der Monatszeitschrift „Die Deutsche Nation“. Schriftleiter dieser Zeitschrift war seit 1923 Theodor Heuss. Mit besonderer Schärfe kritisierte R. in dieser Zeitschrift die französische Deutschlandpolitik nach Versailles, vgl. J. J. Ruedorffer, Vernunft oder Untergang, in: Die Deutsche Nation 1920, S. 321 ff. Ferner Kurt Riezler, Hindenburgs Wahl, a. a. O., 1925, S. 317 ff.; dieser Artikel beginnt mit den Worten: „Nichts ist politisch so dumm, daß es in Deutschland nicht geschehen könnte. Vor drei Monaten hätte noch jeder Deutschnationale zugegeben, daß eine Reichspräsidentenschaft Hindenburgs eine persönliche und politische Unmöglichkeit wäre. Die Unmöglichkeit ist inzwischen Tatsache geworden.“

¹¹ Zur Einstellung der „Deutschen Nation“ zum Parteienstaat vgl. diese Zeitschrift Jg. 1921, S. 818 ff.; hier wird in einem ungezeichneten Artikel, überschrieben die „Deutsche Nation“, das Wort Stegerwalds aufgegriffen: „Ich sehe keine Deutschen mehr, ich sehe nur Parteien.“ Weiter heißt es, das „Urteil ist bitter, aber nicht unrichtig. Die Ursachen liegen tief und sind verwickelt“.

verstanden werden; Riezler, der vor 1918 in seinen politischen Auffassungen als liberal, in seinem praktischen Staatsverhalten vielleicht als „Reichskonservativer“ bezeichnet werden kann, stand nach 1918 politisch beinahe im demokratischen Lager. Dort fand er sich auch mit Petersen, einem Freund Friedrich Naumanns, und dorthin tendierte auch der Kreis der Herausgeber der Zeitschrift „Die Deutsche Nation“. Auch seine tiefe Abneigung gegen Ludendorff und Hindenburg zwang ihn in diese politische Position¹². Aber das hinderte nicht, daß seine Sprache in der Weimarer Zeit schärfer, seine Gedanken weniger konzilient und sein Temperament ungeduldiger wurden. Ein interessanter Hinweis auf das unruhige und unverbindliche geistige Klima der Weimarer Zeit, das auch die verspürten, die dem Wilhelminismus nach Reflexion und politischer Erfahrung kritisch, emotional jedoch, was sie meist erst nach 1918 bemerkten, mit einer gewissen Sympathie gegenübergestanden hatten.

Daß der Adressat des Briefes Petersen war, beruhte sicher zuallererst auf dem Umstand, daß Petersen 1924 der einflußreichste von Riezlers politischen Freunden war. Daß der Einfluß eines Hamburger Bürgermeisters nicht ausreichen konnte, eine Reichsreform energisch voranzutreiben, war Riezler nicht unbekannt. Aber vor den Reichstagswahlen, im Blick auf die europäische Situation und in Vorausschau auf das Auslaufen der Amtszeit Eberts, drängte es ihn, seine Sorgen zu Papier zu bringen.

Eberhard Pikart

Dokument

Kurt Riezler an Carl Petersen,

Berlin, den 1. Februar 1924.

Sehr verehrter Herr Petersen!

Verzeihen Sie einem zu einer Liege- und Hungerkur Verurteilten, wenn er an Stelle eines rechtzeitigen Glückwunschtelegramms¹³ einen verspäteten Glückwunsch mit dem Niederschlag der Sorgen und Gedanken verquickt, die er in einigen Wochen erzwungener Ruhe nicht bannen konnte.

¹² Zu R.s Urteil über Hindenburg, s. Anm. 10. Zur Persönlichkeit R.s vgl. das im Vergleich zu Graf Kessler (s. Anm. 9) ungleich nuanciertere Urteil bei Arnold Brecht, *Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1894–1927*, Stuttgart 1966, S. 325: „Seine Grundanschauungen waren primär kulturell und philosophisch bestimmt. Sie wirkten sich politisch bald aristokratisch, bald liberal und oft bohémehaft ungebunden aus. Dazu paßte es gut, daß er der Schwiegersohn des großen Malers Max Liebermann war, dessen einzige Tochter Käthe die freie Unbekümmertheit des Vaters geerbt hatte. Das geistig-kulturelle Mittelmaß der sozialdemokratischen und linksbürgerlichen Parteivertreter in der Regierung konnte er schwer ertragen.“ Für Eberts politische Persönlichkeit zeigte R. jedoch eine ausgesprochene Hochachtung, s. den Text des hier veröffentlichten Briefes.

¹³ Der 31. 1. war Petersens Geburtstag.

Der verspätete Glückwunsch ist darum nicht minder herzlich. Aber wenn ich auch weiß, daß Sie auch als erster Bürgermeister Hamburgs Gelegenheit haben werden, die Entwicklung Gesamtdeutschlands mit sorgender Hand da und dort eingreifend und helfend zu verfolgen, so bedauere ich doch aufs tiefste und aufrichtigste, daß wir Sie gerade jetzt an der Stelle Ihrer bisherigen Tätigkeit¹⁴ entbehren müssen.

Ich sage: gerade jetzt. Es scheint mir, als nähere sich unsere innerpolitische Entwicklung in steigendem Tempo dem Punkte, wo mit den bisherigen Mitteln nicht mehr weiter regiert werden kann und der Nothbau der Weimarer Verfassung, der die deutsche Frage nicht gelöst hat und nicht lösen konnte, entweder zusammenbricht oder gründlich umgebaut werden muß. Vielleicht läßt sich der Moment durch immer neue Ermächtigungsgesetze und Zurückgreifen auf allgemeine und lokale Ausnahmestände noch eine Zeitlang hinausschieben. Vielleicht lassen sich noch eine Weile die Konflikte mit den Bundesstaaten auf Eis legen und lokalisieren – das alles geht nur bis zu dem Augenblick, in dem aus irgend einem Grunde die gegenwärtig noch leidlichen Verhältnisse zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung zusammenbrechen. Diese trotz allem Knarren und Stöhnen der Staatsmaschine immer noch leidliche Zusammenarbeit ist der konkrete Halt aller bisherigen Regierungen. Ohne sie bricht das Weimarer Gebäude unweigerlich zusammen. Wie schmal und prekär ist die Grundlage dieser Zusammenarbeit! Sie hat in persönlicher Beziehung die Freundschaft zur Voraussetzung, die den Reichspräsidenten mit dem preußischen Ministerpräsidenten und dem preußischen Minister des Innern verbindet, und wäre ohne diese Freundschaft und ohne die überlegene Geschicklichkeit und Erfahrung, mit der der Reichspräsident zur Vermeidung von Konflikten in der Stille zu intervenieren versteht¹⁵, schon über mehr als eine Frage in die Brüche gegangen. Sie hat des weiteren in parteipolitischer Beziehung zur Voraussetzung, daß die preußische Regierung um eine Nuance weiter links steht als die des Reiches – denn nur dann ist das Reich (gestützt auf Reichswehr und Wirtschaftsmächte in den preußischen Provinzen) im Konfliktsfalle stärker als die preußische Verwaltung (weswegen denn auch die preußische Regierung sich immer wieder zur Beilegung von Konflikten bereitgefunden hat). Die Grundlagen sind also überaus schmal; für ihre Dauer gibt es nicht einmal Wahrscheinlichkeit, geschweige denn Sicherheit.

Was soll geschehen, wenn diese Zusammenarbeit, wozu Gelegenheiten und Anlässe nicht fehlen werden, in die Brüche geht? Seit Weimar will mir gerade diese Frage nicht aus dem Sinn. Sie wird von Monat zu Monat drängender. Da sie den nunmehrigen Oberbürgermeister Hamburgs ebenso angeht, als den gewesenen Führer der Demokraten, darf ich es vielleicht wagen, Ihr Interesse für meine Gedanken in Anspruch zu nehmen.

Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß in absehbarer Zeit die Rechte in die preußische Regierung eindringen wird. Dies kann direkt durch den Zusammenbruch der großen Koalition in Preußen oder indirekt durch den Eintritt der Rechten in die Kabinettsbildung des Reiches geschehen, dem dann die Umgestaltung der preußischen Regierung alsbald auf dem Fuße folgen würde. Da sich indes die Rechte mehr für die Macht über die preußische Verwaltung als für die äußerst undankbare Führung der Reichsgeschäfte interessiert, wird die Rechte in Preußen an der Macht bleiben, auch wenn sie im Reiche freiwillig oder unfreiwillig wieder zurücktritt. Dann eben wäre die Ohnmacht der Reichsregierung praktisch nicht viel geringer als die derjenigen römischen Kaiser deutscher Nation, die über eine eigene Hausmacht nicht verfügten.

¹⁴ Als Parteivorsitzender der DDP.

¹⁵ R. hatte unter Ebert einige Monate das Büro des Reichspräsidenten geleitet, vgl. Anm. 4.

Sollen wir dieser Entwicklung untätig zusehen? Sollen wir abwarten, ob, wenn diese Entwicklung eintritt, das Reich zusammenbricht oder in Agonie dahinsiecht oder nach den Rezepten der Rechten umgestaltet oder neugegründet wird? Jeder sichtbare Bruch der Verfassungskontinuität wird den Franzosen als Handhabe dienen, die staatsrechtliche Stellung der besetzten Gebiete zu ändern. Wenn also die Verfassung durch unsere eigenen Zwistigkeiten, durch die innere Logik der Dinge, durch die Konstruktionsfehler, mit denen sie nun einmal behaftet ist, gesprengt wird, hilft es uns wenig, das Reich neu zu begründen; schon vor dem Versuch einer Neugründung könnten die westlichen Provinzen verloren sein. Wenn aber einmal die westlichen Provinzen verloren sind und der preußische Staat nicht mehr das leidlich getreue Spiegelbild der parteipolitischen Zusammensetzung des Gesamtreiches ist, sondern eine Domäne der Rechten wird, kann das Reich auch auf der alt-bismarckischen Basis, der der preußischen Hegemonie, nicht mehr neu gegründet werden, da dann die konkrete Grundlage auch dieser Lösung, nämlich die Parallelität der Machtverhältnisse im Reich und in Preußen fehlt.

Die Zeit drängt. Weder die Reichstags- noch die Präsidentenwahl wird die Situation vereinfachen¹⁶. Von der finanziellen Seite her drohen dem Verhältnis zwischen Reich und Bundesstaaten immer drängendere Streitfragen. Dem Oberbürgermeister Hamburgs wird nicht entgehen, daß hier bereits Besprechungen zwischen Bundesstaaten über mancherlei Eventualitäten stattgefunden haben. Die auswärtige Politik wird uns vermutlich durch die bevorstehenden französischen und die vollzogenen englischen Wahlen¹⁷, mit denen einige Umstände der innerfranzösischen Politik wie der Weltlage zusammenwirken, eine Atempause gönnen, über deren Dauer wir uns indes nicht täuschen dürfen.

Diese Ruhepause hätten wir zu benutzen, um – ehe es vollends zu spät ist – den Gefahren vorzubeugen, die uns aus dem Ineinandergreifen unserer Parteistreitigkeiten mit den Konstruktionsfehlern der Weimarer Verfassung bedrohen. Das kann wirksam nur geschehen, wenn die Mitte den notwendigen Umbau der Weimarer Verfassung rechtzeitig selbst in die Hand nimmt.

Die Weimarer Verfassung ist nun einmal nur ein Notbau, aufgeführt im Drange der Not und dadurch in allen seinen Fehlern „da es eben nicht anders ging“ zu rechtfertigen. Dieser Notbau steht im luftleeren Raum – die beiden Voraussetzungen, auf denen er hätte ruhen können, sind keine Realitäten mehr. Die eine, die Herrschaft paralleler Parteiausschüsse im Reiche und in den Einzelstaaten, besteht längst nicht mehr, wichtige Bundesstaaten sind als parteipolitische Kampfstellung gegen das Reich ausgebaut worden, und ihre Fehden lähmen den Gang der Geschäfte; die zweite, die Erwartung, daß die wirtschaftliche Aushöhlung der Einzelstaaten durch das Reich zum Zusammenbruch ihres politischen Eigenlebens führen würde, war nichts als ein grandioser Irrtum; die Einzelstaaten sind politisch durchaus lebendig geblieben, sie sind, gestützt auf ihre Parlamente, immer noch Herren der Verwaltung d. h. der eigentlichen politischen Macht; sie sind vielfach nur unbedenklicher in deren Handhabung geworden, weil des undankbarsten Teils eigener Verantwortung als Kostgänger des Reiches ledig und frei. Auch der größte Theoretiker kann heute nicht mehr davon träumen, daß das Reich die politische Verwaltung den Ländern entreißen könne. Die Einzelstaaten sind konkret lebendig, ja zum Teil lebendiger als das Reich.

¹⁶ Der Reichstag wurde am 13. 3. 1924 aufgelöst, die Neuwahlen fanden am 4. 5. statt. Eberts Amtszeit wäre am 30. 6. 1925 ausgelaufen, er starb am 28. 2. 1925.

¹⁷ Kammerwahlen in Frankreich (die einen Erfolg der Linken und damit den Sturz Poincarés bringen sollten) wurden am 11. 5. 1924 abgehalten. Die englischen Unterhauswahlen hatten am 6. 12. 1923 stattgefunden. Ende Januar übernahm daraufhin ein Labourpolitiker, Macdonald, die Regierung.

So gibt es denn heute nurmehr einen Weg, um das Reich vor der tödlichen Gefahr eines Konfliktes mit Preußen zu bewahren. Die Einheit zwischen der Reichs- und der preußischen Regierung muß hergestellt werden, ehe dieser Konflikt ausbricht. So groß die parteipolitischen und personellen Schwierigkeiten auch sein mögen, dieses Ziel muß bei allgemeiner Einsicht in die drohende Gefahr erreichbar sein. Es wäre zunächst bei der nächsten Umbildung des Reichskabinetts die Personalunion der wichtigen Ministerposten als *fait accompli* ohne Verfassungsänderung herzustellen. Diese Personalunion ist durch die Weimarer Verfassung nicht verboten. Nach seiner Bildung hätte das nunmehr einheitliche Reichs- und preußische Kabinett im Reiche wie in Preußen eine Verfassungsnovelle einzubringen, welche, ohne die Weimarer Verfassung als Rahmen und in toto aufzuheben, folgendes enthalten müßte:

1. Der Reichspräsident ist preußischer Staatspräsident;
2. an Stelle des preußischen Parlaments treten die in Preußen gewählten Mitglieder des Reichstags (schon aus Sparsamkeitsgründen). Antrag Kardorff vom Jahre 1869¹⁸;
3. der Reichskanzler ist preußischer Ministerpräsident, der Reichsminister des Innern preußischer Innenminister, der Reichsfinanzminister preußischer Finanzminister, der Reichsarbeitsminister preußischer Wohlfahrtsminister, der Reichswirtschaftsminister preußischer Handelsminister (Nebenargument Sparsamkeit);
4. die zu staatlichem Eigenleben nicht mehr fähigen, nurmehr als Konfliktquellen fungierenden mitteldeutschen Staaten werden, soweit das irgend möglich ist, mit Preußen vereinigt. (Auch hier werden Dutzende von kleinen Ministern und drittrangigen Parlamentariern erspart, ohne daß allzu Erfreuliches verschwände).
5. Die verbleibenden Bundesstaaten d. h. im Idealfalle nur Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und die drei Hansestädte können dann von einem Reich, das mit einem Großpreußen vereinigt ist, ohne Ängstlichkeit mit Reservaten, Sicherungen und Rechten bei der Vorbereitung der Reichsgesetze und dem Erlaß der Ausführungsbestimmungen, sowie mit erhöhten Stimmrechten im Reichsrat ausgestattet werden. Jedenfalls müssen sie aus der Rolle von Kostgängern des Reiches erlöst und mit ausreichenden sachlichen Aufgaben eigener Verantwortung ausgestattet werden.

Eine derartige Lösung der deutschen Frage wird dann das Richtige treffen, wenn sie von dem einen als Wiederherstellung der preußischen Hegemonie, von dem andern als Mediatisierung Preußens bezeichnet wird, dabei aber weder das eine noch das andere, sondern beides ist. Auch Bismarck sah in der Übergabe der Präsidialrechte an Preußen die beste Gewähr für die Erfüllung der Präsidialpflichten: im alten Reich entsprang jede ungerechtfertigte Voranstellung preußischer Sonderinteressen in der parlamentarischen Abhängigkeit der dem Reichskanzler nur kollegialisch koordinierten preußischen Ressortminister von einem preußischen Sonderparlament eigener und extremer Zusammensetzung. Der Sitz aller Schäden der preußischen Hegemonie im alten Reich war das Zusammenwirken der Eigenart des preußischen Wahlrechts mit der kollegialen Kabinettsverfassung. Ein gemeinsames Kabinett, das

¹⁸ Der Antrag Kardorff und der preußischen Freikonservativen vom 28. 1. 1869 wurde von R. etwas überinterpretiert, der entscheidende Abs. 2 dieses Antrages lautete: „der königlichen Staatsregierung zur Erwägung zu geben, ob es sich nicht in allgemeinem politischen Interesse empfehlen dürfte, die Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses in bezug auf Abgrenzung der Wahlbezirke, Wahlmodus und Zahl der Abgeordneten mit der des Reichstages in Einklang zu bringen und damit eine nähere organische Verbindung der beiden Körperschaften anzubahnen“. S. Schulthess, Deutscher Geschichtskalender 1869, S. 37 f.

nur einem Parlament gegenübersteht, wird eher geneigt sein, dem Reiche Konzessionen auf Kosten Preußens zu machen, als preußische Sonderinteressen zum Schaden des Reiches zu verfolgen.

Ich bin mir allerdings bewußt, daß derartige radikale Vorschläge keinerlei Aussicht haben, kampflos auf dem Wege parlamentarischer Kompromißverhandlungen durchgesetzt zu werden. Es wird zum mindesten der Auflösung beider Parlamente, eines mächtigen Antriebs aus dem Volke selbst, vielleicht des Zurückgreifens auf ein Plebiszit oder gar der eventuellen Bereitschaft zum Staatsstreich bedürfen. Zu Aktionen dieses Umfanges und Nachdruckes ist heute so gut wie niemand bereit. Personen wie Parteien unterschätzen den Ernst der drohenden Gefahr und scheinen an die Möglichkeit, daß die Konstruktionsfehler der Weimarer Verfassung eines Tages die Maschine zerreißen könnten, nicht zu denken, geschweige denn zu glauben. Es ist ja durchaus möglich, daß die staunenswerte Geschmeidigkeit und Elastizität unseres politischen Lebens uns noch geraume Zeit schlecht und recht an direkten Katastrophen vorbeiführen wird. Vielleicht läßt sich noch eine Zeitlang der Einbruch der Rechten in die preußische Regierung verhindern. Das alles mag möglich sein; sicher ist nur eines: Wenn die Rechte einmal in Preußen eingedrungen ist, so wird sie es verstehen, Preußen als ihre Machtposition auszubauen und sich nicht in einigen Jahren wieder aus der Macht werfen lassen. Dies Preußen wird dann im Gegensatz zu dem heutigen Preußen stärker als das Reich sein. Dann ist die Weimarer Verfassung Papier. Dann wird mit einem Male der gefährlichste aller Partikularismen, der ostelbische, in seiner ganzen Stärke wiedererstanden sein.

Dieser Partikularismus wird sich mit dem Ausscheiden der katholischen und sozialistischen rheinischen Abgeordneten aus dem preußischen Parlament leichter abfinden als mit dem Einzug sächsischer und thüringischer Sozialisten. Wenn dann erst einmal Ostelbien als Domäne der Konservativen, das Rheinland als Domäne des Zentrums, Sachsen und Thüringen als Domäne der Sozialdemokratie ausgebaut sind, dann wird es mehr als eines Bismarcks bedürfen, um die dann hin und hergezerrte, wenn nicht völlig zerrissene Hülle des Reiches wieder zu einem lebendig atmenden und aktionsfähigen Staatskörper auszugestalten, der an der verwundbarsten Stelle Europas in dem Hin und Her der europäischen Begebenheiten zu bestehen Aussicht hätte.

Verzeihen Sie, wenn ich meinen Glückwunsch mit diesen sorgenvollen Betrachtungen verquicke, aber Sie werden in den für die deutsche Einheit entscheidenden Jahren die Geschicke der Stadt zu leiten haben, in der der Zusammenhang eines lebensfähigen Reiches mit den großen Weltbegebenheiten stets am tiefsten und konkretesten empfunden wurde; Sie werden als erster Bürgermeister Hamburgs wie als gewesener Führer der Demokraten dafür eintreten und wirken können, daß die Gefahren, in die wir hineinzuschliddern drohen, sei es durch gründliche Maßnahmen endgültig beschworen, sei es, wenn das nicht mögliche sein sollte, wenigstens durch kluge Voraussicht und geschmeidige Taktik abgelenkt und hinausgeschoben werden können.

In alter Verehrung
Ihr getreu ergebener
gez. Riezler